

EU Wahlmonitor 2026

Parlamentswahl Ungarn



Allgemeine Daten

*- Quellenlinks



Budapest



9.539.502
Einwohner:innen



EU-Mitgliedstaat seit
2004



Schengenmitglied
seit 2007



21/720 Sitze im
EU-Parlament



Ungarischer Forint
(1 € ≈ 390 HUF)



Drei Nationalfeiertage:
15.3., 20.8. & 23.10.



BIP/Kopf *
16.330 € (25/27)

Wahlhintergründe

Die Parlamentswahlen des Jahres 2026 werden weithin als die wichtigsten und folgenreichsten Wahlen in Ungarn seit 1990 eingeschätzt. Sie entscheiden nicht nur über die Zusammensetzung des künftigen Parlaments und der Regierung, sondern auch über die demokratische Zukunft des Landes sowie über seine geopolitische Ausrichtung. Der Wahlkampf ist maßgeblich durch weitgehend parallel verlaufende Kampagnen von Fidesz und Tisza geprägt. Tisza setzt dabei auf Themen wie strategische Korruption, die schwächelnde Wirtschaftsleistung, Defizite in der Regierungsführung sowie den maroden Zustand zentraler öffentlicher Dienstleistungen. Fidesz setzt hingegen auf eine stark monothematische Botschaft. Im Zentrum steht dabei die Darstellung der Ukraine als Bedrohung für die Sicherheit und Souveränität Ungarns sowie die Behauptung, die Europäische Union und die Ukraine versuchten Einfluss auf die ungarischen Wahlen zu nehmen.

Vor der Wahl

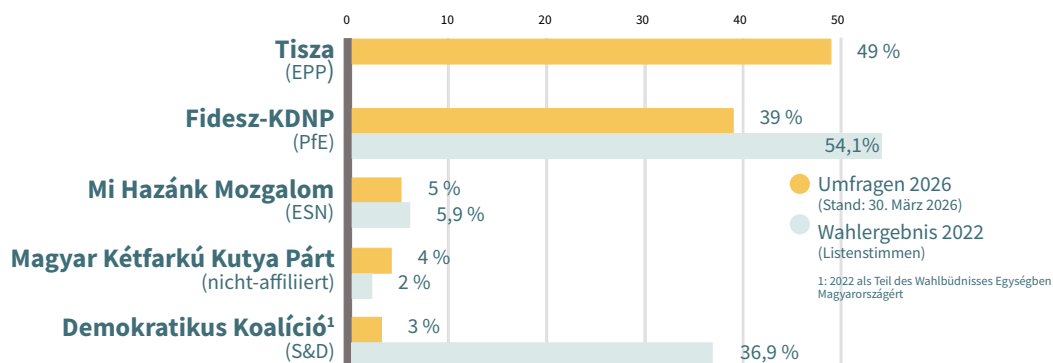
Nach seiner ersten Amtszeit von 1998 bis 2002 regiert Viktor Orbán seit 2010 durchgehend mit einer verfassungsgebenden Zweidrittelmehrheit. Seit 2022 steht er an der Spitze der vierten konsekutiven Regierung des Parteienbündnisses Fidesz-KDNP, das aktuell 135 der 199 Abgeordneten stellt. Die seit 2020 anhaltende „Gefahrenlage“, eine Form des Ausnahmezustands nach ungarischem Verfassungsrecht, ermöglicht es der Regierung Orbán per Dekret am Parlament vorbeizuregieren. Nachdem Fidesz-KDNP sich während der Wahlen 2022 erneut durchsetzen konnte, liegt das Parteienbündnis aktuell in Umfragen teils deutlich hinter der Oppositionspartei Respekt- und Freiheit „Tisza“ mit ihrem Spitzenkandidaten Péter Magyar.

Politisches System

Seit Oktober 1989 ist Ungarn eine parlamentarische Republik mit Einkammersystem. Das Staatsoberhaupt, seit 2024 Präsident Tamás Sulyok, wird auf fünf Jahre vom Parlament gewählt und verfügt über ein Gesetzesinitiativrecht, hat aber sonst eher repräsentative Aufgaben. Die ungarische Demokratie steht seit 2010 zusehends unter Druck und wird inzwischen als Wahlautokratie eingestuft. Die Nationalversammlung konstituiert sich aus 199 Abgeordneten und wird alle vier Jahre gewählt. 106 Mandate werden in Direktwahlkreisen mit einfacher Mehrheit gewählt, überschüssige Stimmen des Siegers werden auf die Verhältniswahl angerechnet. Die verbliebenen 93 Mandate werden über Parteilisten anhand einer Verhältniswahl gewählt. Für die Verhältniswahl gelten verschiedene Sperrklauseln. Aufgrund der systemischen Bevorteilung der Regierungspartei Fidesz durch Gerrymandering, das „Winner-takes-it-all“-Prinzip und der Gewinnerkompensation steht das ungarische Wahlsystem seit 2013 zunehmend in der Kritik. Wegen der unklaren Trennung zwischen Regierungspartei und Staat und der Nutzung enormer staatlicher Ressourcen wurden die ungarischen Parlamentswahlen seit 2014 von den OSZE-Wahlbeobachtungsmissionen als „frei, aber nicht fair“ eingestuft. *



Wer steht zur Wahl? *



Wahlausgangsszenarien

Aktuellen Umfragen zufolge liegt Tisza mit einem Vorsprung von über zehn Prozentpunkten vor Fidesz, wobei zwischen unabhängigen und Fidesz-nahen Meinungsforschungsinstituten erhebliche Abweichungen in den erhobenen Daten bestehen. Neben diesen beiden dominierenden politischen Kräften verfügt lediglich die rechtsextreme Partei „Unsere Heimat“ (Mi Hazánk Mozgalom) über eine realistische Chance, die Fünf-Prozent-Hürde zu überwinden. Ihr möglicher Einzug in das Parlament dürfte nicht unerhebliche Auswirkungen auf die Mehrheitsverhältnisse haben. Angesichts ihrer ideologischen Nähe zu Fidesz kommt „Unsere Heimat“ sowohl als potenzieller Koalitionspartner als auch als parlamentarische Stütze für eine Minderheitsregierung infrage. Zentrale Frage dieser Wahlen wird auch sein, ob sie weiterhin den grundlegenden Anforderungen freier Wahlen genügen werden oder ob Fidesz und Ministerpräsident Orbán bereit sind, auf autoritäre Maßnahmen zurückzugreifen, um ihre Regierungsposition zu sichern. In diesem Fall könnten die ungarischen Parlamentswahlen des Jahres 2026 als die ersten nichtdemokratischen Wahlen innerhalb der EU in die Geschichte eingehen. Eine Analyse des IEP entwickelt für die Parlamentswahlen verschiedene Szenarien, die von einem Wahlsieg der Opposition bis zu einem verfassungsrechtlichen Staatsstreich durch die Fidesz-Regierung reichen. *

Position Ungarns innerhalb der EU

Das Verhältnis zwischen Ungarn und der EU ist angespannt. Ungarns Europapolitik ist durch eine Blockadehaltung und nationale Alleingänge geprägt. Ungarn steht unter Orbán für ein Europa der „souveränen Nationen“. Dabei weicht Ungarn in zentralen Bereichen wie der Russland- und Migrationspolitik von einer gemeinsamen europäischen Linie ab. Das seit 2018 laufende Verfahren nach Artikel 7 EUV, inklusive eingefrorener EU-Fördergelder, belastet die gemeinsamen Beziehungen und die fiskalpolitische Situation des Landes. Die autoritären Tendenzen des Landes werden weithin als Bedrohung für die demokratische Integrität der Union wahrgenommen. In der Erweiterungspolitik zeigt Ungarn eine selektive Haltung: Während ein EU-Beitritt der Ukraine konsequent abgelehnt wird, unterstützt die Regierung die Aufnahme der Westbalkanländer.

Europapolitische Auswirkungen der Wahl

Ein Sieg der Opposition würde vermutlich eine Rückkehr zu einer europapolitischen Normalität bedeuten, inklusive Aufgabe der ungarischen Veto- und Blockadepolitik sowie durch konstruktive und positive Beziehungen zu den EU-Institutionen und europäischen Partnern. Ein zentrales Wahlversprechen ist etwa der Beitritt zur Europäischen Staatsanwaltschaft. Für grundlegende Reformen bezüglich der Rechtsstaatlichkeit wäre eine verfassungsgebende Zweidrittelmehrheit erforderlich. Mit Blick auf die Ukraine ist im Falle einer Tisza-geführten Regierung eine pragmatischere und weniger konfrontative Außenpolitik zu erwarten; zu den aktiven Unterstützern Kyjiws würde Ungarn jedoch auch in diesem Szenario nicht zählen. Ein Sieg der Regierungspartei Fidesz würde hingegen vor allem für eine weitere Verschärfung des bestehenden Status quo stehen. Seit 2010 hat sich Orbán nach jedem Wahlsieg sowohl innen- als auch außenpolitisch weiter radikalisiert. Insbesondere im Falle des Einsatzes autoritärer Maßnahmen wäre mit einer weiteren Zuspitzung der politischen und internationalen Spannungen zu rechnen.